



Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. **MULARTSHÜTTE**

DIE GRÜNEN

informieren

Nr. 29

März 93

Aus dem Inhalt:

Duales System

Von den Problemen der Altstoffverwertung und der Notwendigkeit der Abfallvermeidung

Müllverbrennung

Von den zerstörerischen Wirkungen der privaten Abfallverbrennung

Energieversorgung

Über Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe eines Konzessionsvertrages

Schulpolitik

Gute pädagogische Konzepte dürfen nicht dem Sparstift geopfert werden

Soziales

Gastfreundschaft zeichnet die Gemeinde Roetgen aus !?

Ab in den Sack !

Nun gibt's die gelben Säcke. Jetzt wird alles anders: "In den angeschlossenen Regionen ist die Menge des Hausmülls schon jetzt um mehr als 15 % zurückgegangen". So verkündet es uns in einer Anzeige das Duale System Deutschland (DSD). Die beiden Wörtchen "schon jetzt" verheißen uns eine weiterhin schnell schwindende Hausmüllmenge. Steck deine Verpackungen in den gelben Sack und - ABRAKADABRA - ist der Hausmüll verschwunden. So einfach ist das. "Kreislauf nach dem Vorbild der Natur" schwärmt das Duale System Deutschland. Das Zauberwort wird bewirken, daß unsere Müllhalden allmählich in sich zusammensinken dürfen, und später wird dann wertvolles Bauland dort entstehen.

Was soll wiederverwertet werden?

Wie sieht nun die Praxis aus? Papier, Metall, Glas uns Kunststoffe, Milch- und Safttüten sollen wiederverwertet werden. In unserer Gemeinde wird Papier gesondert eingesammelt, für Glas stehen Container bereit. Was übrig bleibt an Verpackungsmaterial soll in den gelben Sack: Dosen, Plastik, Getränke-tüten und sog. "Verbundmaterial" (meist Papier mit Alu oder Plastikfolie in dünner Schicht verschweißt). Damit fangen die Schwierigkeiten an. Um die aus dem Recyclingprozeß gewonnenen Sekundärrohstoffe sinnvoll vermarkten zu können, müssen sie mit den Primärrohstoffen, wie Papier, Weißblech, Alu oder Plastik preislich konkurrieren können. Die Herstellung der Aus-alt-mach-neu-Rohstoffe darf also nicht zu teuer werden. Das setzt voraus, daß das Altmaterial sortenrein und möglichst frei von Verunreinigungen ist.

Besser getrennt sammeln

Dieser Forderung steht zuallererst entgegen, daß im gelben Sack die verschiedensten Ver-

packungsmaterialien zusammengewürfelt werden, um dann, teils von Hand, teils maschinell, wieder voneinander getrennt zu werden. Dem einzelnen Haushalt das Sammeln der verschiedenen Materialien in getrennten Behältern zuzumuten, hat sich das DSD aus guten Gründen nicht getraut. Das hätte wohl auch nie geklappt. Ein Blick in Sammelcontainer und deren Umgebung genügt da schon. "Frei von Verunreinigungen" würde bedeuten, daß alle Becher, Dosen, Behälter und Getränketüten gespült in den gelben Sack wandern müßten. Ein frommer Wunsch. Tatsache ist, daß in bereits bestehenden Wiederverwertungsanlagen etwa ein Drittel des gesammelten Materials als nicht verwertbarer Sortierrest rausfliegt.



Altpapier contra Neupapier

Bei den Verpackungs-Altstoffen ist der Anteil an Papier und Pappe hoch. Verpackungskarton wird zu 90 % aus Altpapier hergestellt. Der Markt für diese Qualitäten ist bereits jetzt übersättigt, da die Nachfrage nach dem "Ökopapier" wesentlich geringer ist, als nach blütenweißem Neupapier. Zudem kann man Papier nicht beliebig oft wiederverwerten, da die Faserqualität jedes Mal geringer wird. Ein Verwertungsgebot für Altpapier in der Papierherstellung scheitert bis jetzt am Widerstand der EG.

Da kann man nur fragen: Was wird aus dem nicht verbrauchten Rest? Ab auf die Halde oder in den Müllverbrennungsofen?

Probleme beim Kunststoffrecycling

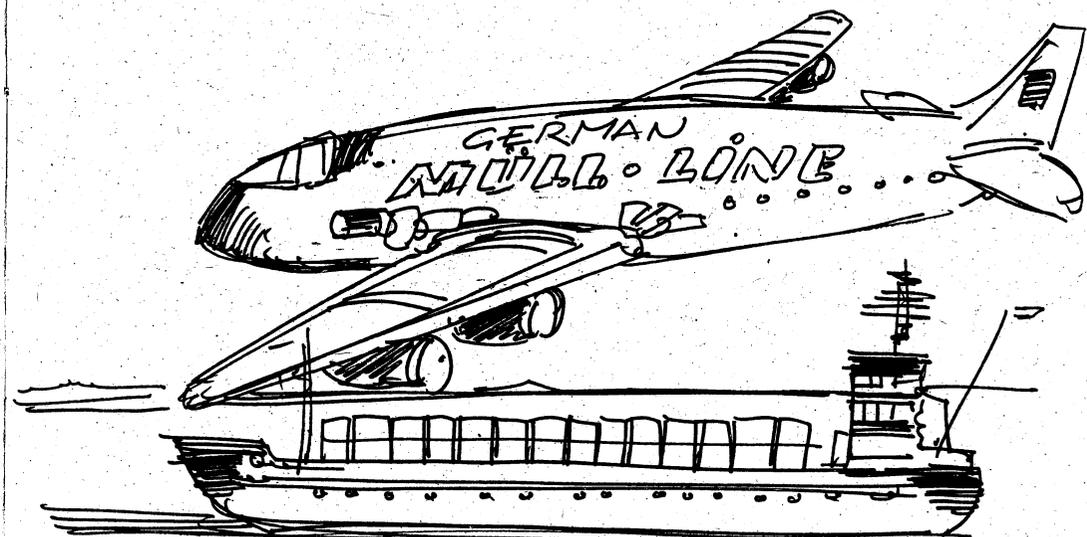
Weit vorn liegen die Bemühungen Kunststoffe wiederzuverwerten, denn: jährlich fallen rund 700 000 Tonnen Plastikmüll an. Eine Deponierung oder Verbrennung hat der Umweltminister verboten. Sollte die Industrie bei der Verwertung nicht nachkommen, so droht die Einführung eine Pfand- und Rücknahmepflicht für Kunststoffverpackungen. 1992 sind lediglich 20 000 Tonnen wiederverwertet worden. Weniger Kunststoffverpackungen herzustellen wäre ja vielleicht eine Lösung des Problems, aber davon ist bis jetzt nicht die Rede.

Das Einschmelzen gebrauchter Kunststoffe setzt voraus, daß die Abfälle nach Kunststoffarten sortiert und gut gereinigt sind. Der Aufwand dafür ist bisher noch so hoch, daß Recycling-Kunststoffe doppelt so teuer sind wie Neuware. Da bietet sich an, in Billiglohnländer auszuweichen. In ganzseitigen Anzeigen informiert uns das DSD nun, daß

ab sofort der Technische Überwachungsverein (TÜV) im Auftrag des DSD Recyclingbetriebe im In- und Ausland überprüfen wird. Der TÜV Rheinland hat bereits in Singapur einen geeigneten Kunststoffverwertungsbetrieb gefunden. Gute Reise, Jogurtbecher und Quarkföten! Vorbeugend hat das DSD aber noch schnell eine Gebührenerhöhung für den Grünen Punkt auf Kunststoffverpackungen ins Auge gefaßt, damit sich das Recycling auch rechnet. Wer das wohl am Ende bezahlt?

Weil das Thema sehr umfangreich ist, habe ich nur beispielhaft über einige Materialien berichtet, die mit dem Grünen Punkt zur Wiederverwertung bestimmt sein sollen. Ich denke, es wird eine Fortsetzungsgeschichte daraus werden. Es gibt allerdings auch schon Prognosen, die dem Grünen Punkt ein baldiges Ende voraussagen.

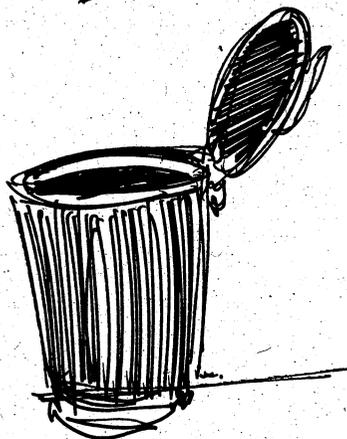
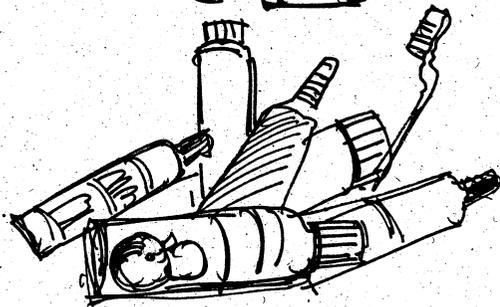
Adelheid Scholz



Persönliches Punkt System (PPS) zur Verringerung des Müllberges

1. Kaufen Sie so oft es geht **Mehrwegflaschen und -behälter**. Fordern Sie bei Ihrem Einzelhändler verstärkt die Einführung von Mehrwegsystemen.
2. Achten Sie auf **unnötige Umverpackungen** (z.B. Kartonverpackung bei Zahnpastatuben, Senf-, Mayonnaise- und Tomatenmarktuben gibt es auch ohne Kartonverpackung) Wenn Ihnen an einer bestimmten Ware liegt, schreiben Sie an die Frima. Postkarte genügt. Evtl. Unterschriften von Gleichgesinnten sammeln.
3. Warten Sie nicht auf "die da oben". Resignieren Sie nicht: "Was kann ich schon bewirken?" Jeder Einkauf (oder Nicht-Einkauf) ist Ihre ganz persönliche Entscheidung und kann durch Ihre persönliche Äußerung gegenüber Verkaufspersonal oder Geschäftsführung noch unterstrichen werden.
4. Entwickeln Sie eigene **Ideen zur Müllvermeidung** und sagen Sie diese weiter. Auch die GRÜNEN freuen sich über weitere Vorschläge und werden sie gerne veröffentlichen.

A. S.



Alle Jahre wieder - Rauchsignale über Roetgen

Vielleicht kennen Sie das auch. So sehr man sie braucht, so froh ist man, die Stadt Aachen hinter sich zu lassen, und freut sich auf die frische Landluft.

Endlich wieder durchatmen. Doch was ist das? Von weitem sieht man schon die Indierfeuer. Streikt wieder einmal das Telefon in Roetgen, daß wir uns durch Rauchsignale verständigen müssen? Nein, es dämmert. Es ist einer dieser hoffnungsvollen sonnigen Tage nach einer längeren Regopause. Und an solchen Tagen gehts an Saubermachen.

MVA im eigenen Garten

Den Garten aufräumen, den Keller entrümpeln, die Reste des letzten Grillfestes mit Papptellern und Plastikbechern beseitigen. Man glaubt ja gar nicht, was da so alles ins Feuer geschmissen wird. Können wir uns das noch leisten? Wer denkt daran was wir uns gegenseitig zumuten mit unserer eigenen Müllverbrennungsanlage im Garten.

Früher, als alle Höfe kilometerweit auseinanderlagern, ging das vielleicht noch. Plastik gab es ja auch noch nicht. Aber auch bei uns auf dem Land gibt es inzwischen die annähernd städtische Bebauung. Und wenn man näher aneinanderrücken muß, ist auch die Freiheit des einzelnen eingeschränkt.

Sicher, die Mülltonnen auf dem Land sind recht klein im Vergleich zur Stadt. Roetgen hat das geringste Müllaufkommen des Kreises. Darauf sollten wir stolz sein und uns nicht hintenherum des Mülls entledigen. Wir wollen ein Ferienort sein. Doch wer will zu uns kommen, wenn es hier oftmals zum Himmel stinkt? Roetgen hat wunderschöne Gärten, in denen viele Tiere leben. Wer denkt an die verbrannten Stacheln eines Igels, der Opfer eines der vielen Feuer

wurde. Wir zerstören uns unseren eigenen Lebensraum, wenn wir nicht endlich zur Vernunft kommen.

So bleibt der Mülleimer (fast) leer

Kompostierbarer Müll gehört auf den eigenen Komposthaufen. Für größere Mengen Blätter oder Heckenschnitt gibt es eine Sammelstelle an der alten Kläranlage,

Altglas muß zu den nahegelegenen Sammelcontainern gebracht werden.

Papier wird alle vier Wochen an der Haustür abgeholt.

für **Weißblech-, Kunststoff- und Verbundmaterialverpackungen** gibt es zusätzliche Sammlungen durch den Abfuhrunternehmer,

bei der **Sperrmüllabfuhr** wird der Hausmüll mitgenommen, der von der Größe her nicht in den Mülleimer hineinpaßt,

und schließlich kann jeglicher **Sondermüll** bei den regelmäßigen Sammlungen abgegeben werden.

Rest in die Tonne statt Feuer im Garten

Wer jetzt noch immer Müll übrig hat, sollte mit einer kleinen Mülltonne auskommen. Zugegeben, das macht viel Arbeit. Doch diese Mühe sollten und müssen wir nicht nur der Umwelt, sondern gerade auch uns und unserer Kinder zuliebe auf uns nehmen. Die zunehmenden Atemwegserkrankungen und Allergien in allen Bevölkerungsschichten sind ein alarmierendes Anzeichen.

B. Lamm

Westgas oder STAWAG ?

Fakten kommen erst jetzt auf den Tisch

Liebe Leserinnen und Leser, Sie wissen es sicher schon. Ende 1992 hat der Rat der Gemeinde Roetgen beschlossen, zukünftig der Westgas AG das Recht zur Versorgung des Gemeindegebietes mit Erdgas zu übertragen. Die STAWAG aus Aachen hatte ebenfalls ein Vertragsangebot abgegeben, daß allerdings aus nicht bekannten Gründen unter den Tisch gefallen ist.

Ende Januar wurde der Westgas auf einer CDU-Veranstaltung Gelegenheit gegeben, interessierte Bürger über ihre Vertragsbedingungen zu informieren. Jetzt, nachdem alles gelaufen ist! Im Rahmen dieser Veranstaltung tat der Gemeindedirektor, Herr Rosenbaum, einige Äußerungen, die die STAWAG offenbar nicht unwidersprochen so stehen lassen konnte. Aus einem Schreiben an Herrn Rosenbaum, das gleichzeitig an alle Fraktionen des Rates ging, ergeben sich für uns wichtige Fragen:

Herr Rosenbaum!

1. Warum haben Sie sich nicht bei der STAWAG nach möglichen Baukostenzuschüssen und nach den Hausanschlußkosten erkundigt, sondern nur bei der WESTGAS?
2. Warum haben Sie in der Hauptausschußsitzung im Dezember von *etwas günstigeren Verbraucherendpreisen bei der STAWAG* gesprochen, obwohl die Gaspreise *deutlich niedriger* liegen als bei der WESTGAS?
3. Warum haben Sie mit der STAWAG nach Abgabe des Konzessionsvertragsentwurfes überhaupt keine Verhandlungen

geführt, obwohl Sie in der Konkurrenzsituation zweier Anbieter eine gute Verhandlungsbasis gehabt hätten?

4. Warum haben Sie nicht beiden Anbietern Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen vor den Ratsvertretern zu erläutern?
5. Warum haben Sie den Ausschuß bei der Entscheidung so unter Zeitdruck gesetzt?
6. Warum haben Sie der GRÜNEN-Fraktion die Unterlagen über die Verträge erst zwei Tage vor der Sitzung zukommen lassen, obwohl hier eine Frist von fünf Tagen vorgeschrieben ist?
7. Wie kommt es, daß andere Fraktionen die Unterlagen schon früher hatten?
8. Wessen Interessen vertreten Sie eigentlich?

Herr Bürgermeister Linzenich!

- Warum haben Sie die GRÜNEN und die FDP nicht zu der interfraktionellen Besprechung bezüglich der Konzessionsverträge eingeladen?
- Warum haben Sie nicht auf einer Anhörung der beiden Anbieter bestanden?

Und Sie, die Ratsmitglieder der CDU, SPD und FDP,

wie konnten Sie es verantworten, den Konzessionsverträgen unter diesen Bedingungen zuzustimmen?

Und die Bürger zahlen

Um Ihnen ein Bild von den unterschiedlichen Tarifen der WESTGAS und der STAWAG zu machen, stellen wir sie einander gegenüber:

1. Für ein normales Einfamilienhaus kostet das Heizen (ohne Warmwasserversorgung) bei einem Verbrauch von 20000 kWh im Jahr bei

WESTGAS : 1387,- DM

STAWAG: 1155,- DM

20% Mehrkosten bei der Westgas, die Ihnen in Zukunft zugemutet werden.

2. Die Vollversorgung eines Einfamilienhauses mit Erdgas kostet bei einem Verbrauch von 35000 kWh bei

WESTGAS: 2112,- DM

STAWAG: 1793,- DM

Auch hier entstehen für Sie 17,8% Mehrausgaben im Jahr.

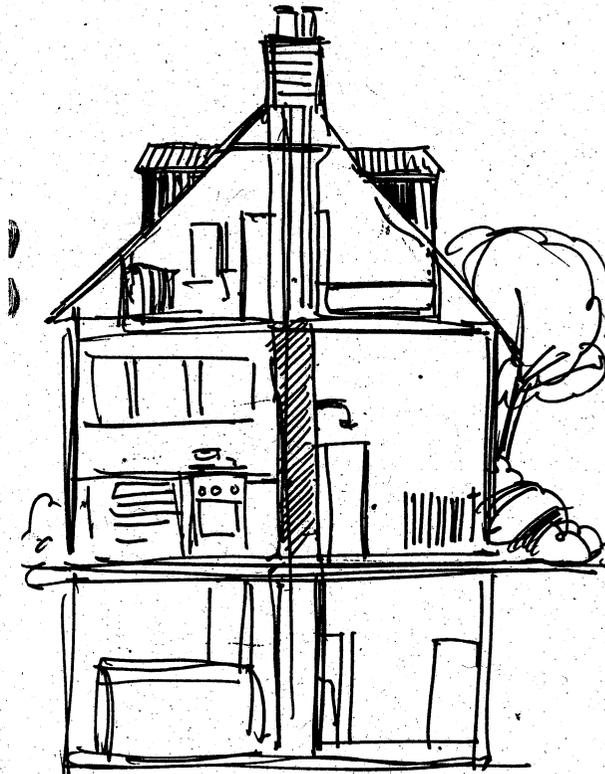
3. Für Hausanschlußkosten und Baukostenzuschuß sind zu zahlen:

WESTGAS: 1650,- + 690,- DM

STAWAG: 1300,- + 400,- DM

Falls Sie noch Fragen hebn, wenden Sie sich vertrauensvoll an den Gemeindedirektor, der Ihnen sicher alles erklären kann.

Gerd Pagnia



+ 17,8%

Schule: Reformieren statt Kaputt-sanieren

Bildungspolitische Vorstellungen der GRÜNEN

Kienbaum und die Folgen

Für 2,4 Millionen DM hat die Unternehmensberatung Kienbaum das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen betriebswirtschaftlich untersucht. Die Folgen dieses Gutachtens sind u.a. größere Klassen, weniger Unterricht für Schüler und schlechtere Fortbildungs- und Arbeitsbedingungen für Lehrer. Die Leidtragenden sind in erster Linie unsere Kinder, denn sie müssen sich unter erschwerten Bedingungen auf ständig steigende Anforderungen in beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen vorbereiten.

Die GRÜNEN lehnen es kategorisch ab, die Landeskasse auf Kosten der Kinder und Jugendlichen finanziell zu sanieren. Der ökonomische Blickwinkel ersetzt keine zureichende Bildungspolitik. Das Schulsystem muß als Ganzes unter pädagogischen Gesichtspunkten verändert werden:

Eine Schule für alle

Das dreigliedrige Schulsystem (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) hat sich überlebt, denn immer mehr Eltern wünschen die höchstmögliche Qualifikation für ihr Kind. Und das ist ihr gutes Recht! Nach unseren Vorstellungen sollten alle Kinder 6 Jahre lang zur Grundschule an ihrem Wohnort gehen und dort in Klassen von 20 - 23 Schülern unterrichtet werden. Für berufstätige Eltern sollte es eine zuverlässige Halbtagsbetreuung geben. Nach dem Unterricht sollte ein spielerisches Angebot von Sozialpädagogen und Eltern bis 13 Uhr bestehen, an dessen Finanzierung sich die Eltern - nach Einkommen gestaffelt - beteiligen.

In der Klasse 7 - 10 sollten die Kinder in der Nähe ihres Wohnortes eine gemeinsame Schule besuchen (ob man sie nun Gym-

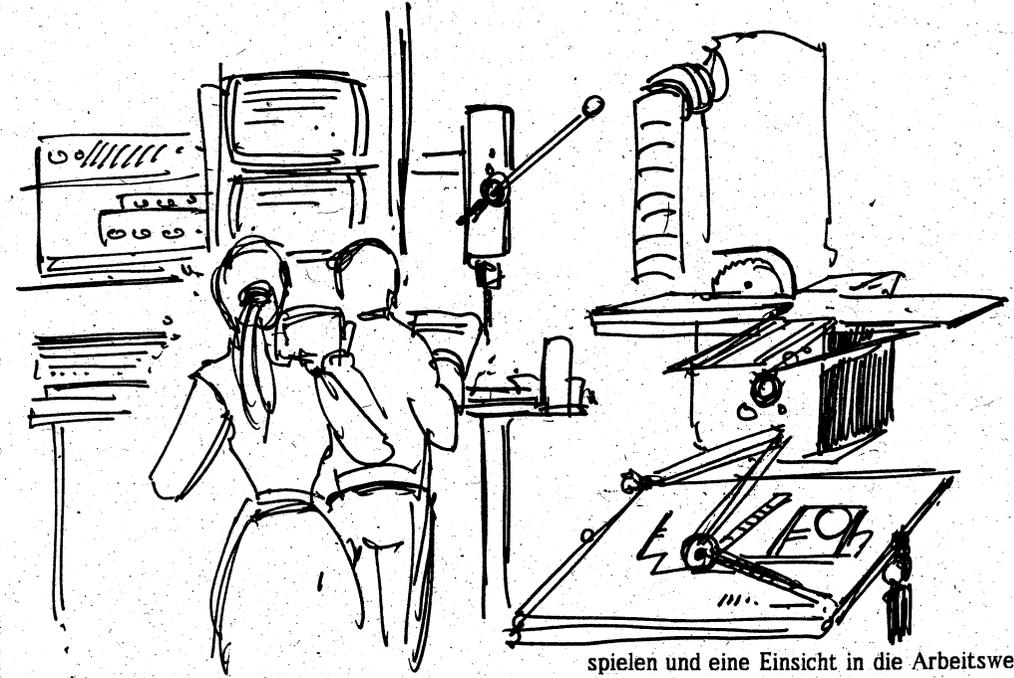
nasium oder Gesamtschule nennt, sei dahingestellt). Durch ein geeignetes Kurs- und Förderkonzept muß jedes Kind seinen Möglichkeiten und Begabungen entsprechend gefördert werden. Durch die Wohnortnähe können Mammutschulen, die wir ablehnen, verhindert werden. Schulwege könnten verkürzt und unsinnige Busfahrten vermieden werden, zugunsten der Freizeit der Schülerinnen und Schüler.

Integration und Förderung

Während dieser 10 Jahre müssen natürlich Kinder, denen das Lernen - aus welchen Gründen auch immer - nicht so leicht fällt, gezielt gefördert werden. Behinderte Kinder werden zusätzlich während des Unterrichts durch die Sonderschule betreut. Viele Schulversuche haben in den letzten Jahren gezeigt, wie vorteilhaft die gemeinsame Unterbringung für behinderte und nichtbehinderte Kinder ist. Ausländische Kinder erhalten eine spezielle Sprachförderung. Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler müssen durch zusätzliche Anforderungen ihren Möglichkeiten entsprechend gefördert werden.

Durch ein verändertes Arbeiten, das in den letzten Jahren in der Grundschule schon zunehmend zur Selbstverständlichkeit geworden ist, entwickeln die Kinder Selbständigkeit und Fähigkeit zur Teamarbeit, und sie lernen, wie man lernt und sich Informationen beschafft. Dazu gehört ein Zurücktreten des Frontalunterrichtes zugunsten der Partner- und Gruppenarbeit und die regelmäßige Arbeit in Projekten, Freiarbeit und Wochenplan.

Damit alle Lehrer diesen veränderten Anforderungen gewachsen sind, bedarf es eines verstärkten Fortbildungsangebotes und der Einstellung junger Lehrkräfte, die frischen Wind in die Schule bringen.



Schule muß auf das Berufsleben vorbereiten

In den Klassen 7 - 10 sollten die Schüler gezielt durch Betriebspraktika und neue Unterrichtsinhalte (z.B. Wirtschafts- und Technikunterricht, Computerkurse) auf die veränderten Anforderungen des Berufslebens vorbereitet werden. Ein Ganztagsangebot sollte vorhanden sein. Neben einer Hausaufgabenbetreuung wäre es sinnvoll, mit Vereinen und sozialen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, um ein vielfältiges Angebot zu gewährleisten, das den Neigungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen entspricht.

Für die Sekundarstufe II, also Klassen 11 - 13 kann ein differenziertes Angebot am besten in Oberstufenzentren verwirklicht werden. Hier wird die Wohnortnähe nicht in jedem Fall gewährleistet sein. Aber das muß zugunsten einer höheren Effizienz in Kauf genommen werden. Auch hier muß der Gedanke der Berufsvorbereitung eine Rolle

spielen und eine Einsicht in die Arbeitswelt durch Praktika und Kontakte zu Betrieben hergestellt werden.

Gegen Kürzungen im Bildungssystem

Natürlich kann man ein solches Bildungssystem nicht mit dem Sparprogramm der jetzigen Landesregierung finanzieren. Uns ist jedoch eine Schule, die das Selbstwertgefühl aller Kinder und Jugendlichen stärkt und sie optimal auf ihr späteres Leben vorbereitet, wichtiger als viele andere Ausgaben des Landeshaushaltes. Schule sollte einen Beitrag leisten, ein Gegengewicht zu schaffen gegen all die negativen Einflüsse, die Jugendliche allzuleicht entwurzeln lassen (Rechtsradikalismus, Drogen, Kriminalität ...). Es ist einfach kurzfristig, im Bildungswesen zu sparen und dafür höhere Kosten durch Jugendkriminalität und Drogenmißbrauch in Kauf zu nehmen. Die Folgen unverantwortlicher Kürzungen im Bildungsbereich werden wir alle noch in Jahrzehnten zu tragen haben.

A. Pagnia und K. Ständer

Sparen ja - aber nicht auf Kosten der Menschenwürde

Der Gemeinderat hat angesichts der Ausschreitungen gegen Ausländer am 8.12.92 eine Resolution *gegen Ausländerhaß* verabschiedet. Darin heißt es unter anderem: *"Ausländische Mitbürger, Flüchtlinge und Asylbegehrende genießen den Schutz unserer demokratischen Gesellschaft. Gastfreundschaft zeichnet die Gemeinde Roetgen aus"* und an die Roetgener Bürger gerichtet: *"Deshalb: Dulden Sie keine Ungerechtigkeiten, Beleidigungen gegen wen auch immer. ... Jeder ist unser Nachbar, egal welche Sprache er spricht und welche Farbe seine Haut hat."* Soweit so gut, sicherlich gibt es in unserer Gemeinde eine erfreuliche Zahl Menschen, die Asylbewerber und andere Ausländer wie Gäste und Mitbürger aufgenommen haben, besonders Familien in Schwierigkeiten helfen, unsere und ihre Feste mit ihnen feiern und ihnen Möglichkeiten geben, sich im fremden Land, in der fremden Kultur besser zurechtzufinden, sich nicht verlorenzufühlen.

Aber wie sieht es auf amtlicher Seite aus? Die Amtsgemeinde hat im letzten Jahr - ohne Besprechung mit dem Gemeinderat - auf einen Sparkurs gesetzt, der sich bereits gelohnt hat. Dem Vernehmen nach hat man im Jahr 1992 im Bereich der Asylbewerber nur noch 1/3 für die besonderen Hilfen (Kleiderkosten, Gebrauchsgegenstände u.ä.) die jedem Sozialhilfeempfänger nach dem Gesetz zustehen, ausgegeben. Herr Rosenbaum, der sich selbst als "Harter Finanzmann" einschätzt, freut sich. Zwar zahlt diese Ausgaben das Kreissozialamt ausnahmslos zurück, aber unser Gemeindedirektor rechnet vor, daß die Gemeinde über die Kreisumlage für alles wieder zur Kasse gebeten wird. Mal sehen, ob auf Grund des erfolgreichen Sparkurses unsere Kreisumlage

für 1993 wirklich so erheblich sinkt, oder wo wirken sich solche ersparten Gelder sonst aus?

Nun, auch wenn man dies nicht weiß, ist Sparen an sich eine gute Sache, und angesichts der Menschen, die in unserem Land immer mehr "sparen" müssen, möchten wir auch nicht, daß Menschen mit Tricks und anderen Mitteln die Staatskassen über Gebühr in Anspruch nehmen.

Wenn wir uns unserer Gastfreundschaft für die ausländischen Mitbürger so bewußt sind, müßte das Sozialamt zwar jedem eventuellen Mißbrauch der Hilfsleistungen nachgehen und ihn zu unterbinden suchen, aber gleichzeitig muß doch die Menschlichkeit gewahrt bleiben. Es geschehen hier jedoch im Namen der Sparsamkeit Dinge, die mich - vor allem weil sie verdeckt geschehen - zu sehr an Frisch's *Biedermann und die Brandstifter* erinnern. Zu seinem Stück nennt der Autor drei Faktoren, mit denen eine sehr gravierende, üble und sogar gefährliche Entwicklung vor den Augen der Biedermannen meisterhaft verschleiert werden kann:

Mitleid erregen:

Seit 8 Jahren - seit die GRÜNEN im Rat sind - ist dies eine Masche, die wir alle bis zum Verdruß kennen. Bei Ausgaben, und seien sie im Vergleich zum Gesamthaushalt noch so klein, die besonders im Sozial-Kinder- und Schulbereich auf die Gemeinde zukommen, wird das Lied von der armen Gemeinde angestimmt. Es wurde uns immer mit dem Ausgleichsstock des Regierungspräsidenten gedroht. Heute muß hierfür das *Haushaltssicherungskonzept* herhalten.

Zynismus:

Leider mußte ich selbst in einigen Fällen des privaten Engagements für Asylbewerber, Contingentflüchtlingen oder sog. De facto Flüchtlingen solche zynischen Bemerkungen hinnehmen. Ich füge hinzu, daß meine Bemühungen Familien mit Kindern und alten Menschen galten. Auf meine Bemerkung, daß doch die Flüchtlinge aus Rußland, die direkt aus Unna Massen nach Roetgen kommen, durch die Forderung: *Hier wird nur Deutsch gesprochen* (sie konnten als Fremdsprache nur Englisch) verschreckt worden sind, mußte ich mir erklären lassen, daß dies doch wohl der Sinn der Sache war. Diese Familie wurde mit 5 Personen in ein Zimmer im Schleebachthalhaus untergebracht. Als ich drei davon zu mir aufnahm und die Verwaltung bat, diese Leute während der Osterwoche in einer Pension unterzubringen, da wir Familienbesuch erhielten, wurde mir diese Bitte wie folgt beantwortet: *"Sie können doch Deutsch lesen und also in der Tageszeitung und im EiWo die Anzeigen verfolgen - so liegt es doch nur an Ihnen, wann Sie für die Familie E. eine Wohnung finden."*

Das dritte Beispiel ist eigentlich zu peinlich, um es zu erzählen, aber nachdem mir auf dem Sozialamt zum 3. mal versichert wurde, daß die Asylbewerbern angebotene gebrauchte Bettwäsche (gegen die Praktik ist eigentlich nichts einzuwenden) auch mit den vielen Stockflecken, die sie aufwies, nach dem Waschen zumindest hygienisch einwandfrei sei und deshalb doch angenommen werden könnte, wollte ich doch einmal diese Zynik öffentlich zu bedenken geben.

Als bestes Mittel der Verschleierung nennt Frisch die

absolute Offenheit :

Dies fiel mir ein, als ich die Antwort des Herrn Rosenbaum auf unsere Anfrage nach den 30 DM Betreuungsgeld, das die Gemeinde für Asylbewerber erhält, und ihre mögliche Verwendung für den zeitweiligen Einsatz eines Sozialarbeiters in unserer Gemeinde lesen konnte:

"Durch den Einsatz eines Sozialarbeiters würde sich der bisherige Aufgabenumfang nicht ermäßigen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß der Aufgabenumfang noch gesteigert würde, indem die Flüchtlinge vermehrt Maximalforderungen stellen, und die bisherigen Verfahren z.B. bei der Bekleidungs Hilfe ... oder Ausstattung mit gebrauchten Möbeln nicht mehr akzeptiert werden."

Auf die Frage von uns, wie er zu dieser Aussage käme, wurde uns erklärt, dies seien Erfahrungswerte aus anderen Gemeinden des Kreises Aachen. Es wird dies behauptet, ohne daß ein Sozialarbeiter über seinen Einsatz berichten kann - einfach alles klar. Der Bürgerantrag, doch wenigstens soviel Geld aufzubringen, daß zusammen mit der evangelischen Kirche das Vorhaben gelingen könnte, wurde somit "folgerichtig" (?) abgelehnt. Der evangelische Kirchenkreis erhielt von der Gemeinde Roetgen die lapidare Antwort: "Aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich".

Nun wissen wir es genau: Sparen, sparen über alles - für die Menschlichkeit haben wir Resolutionen.

Ursula Schwarzenberger

Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband DIE GRÜNEN Roetgen, Jennepeterstraße 4a
Verantwortlich: Klaus-Peter Kegel Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete
Beiträge liegen in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren
Redaktionsschluß: 10.02.93 Auflage: 2500 Exemplare

DAS IST DIE *letzte* SEITE!

Soziale Gerechtigkeit

Die deutsche Einheit gibt's nicht umsonst, das war allen und ist nun auch der Bundesregierung klar. Da heißt es Opfer bringen. Unser Finanzminister hat wie immer den Durch- und Überblick, er und seine Leute wissen am besten, wer die Last der Wiedervereinigung tragen soll. Auf möglichst viele Schultern muß sie verteilt werden, das ist nur gerecht! Also werden die Sozialleistungen gekürzt, das trifft in der Tat viele. Diese Vielen sind ohnehin benachteiligt, da kommt es sowieso nicht mehr darauf an. Und, das war von den blau-gelben Vettern und Schwägern der Leistungsfetischisten-Fraktion zu hören, Arbeit (wenn man welche hat) soll sich wieder lohnen, es muß wieder ein deutlicher Unterschied zwischen "Staatsknete für's Nichtstun" und dem Lohn für ehrliche Arbeit zu erkennen sein! Wie ist das zu erreichen? Indem man die Sozialbezüge gegen Null gehen läßt! Da werden selbst die Niedriglohngruppen begeistert sein, weil sie überhaupt noch bezahlt werden! Und die Gewerkschaften können sich das alljährliche leidige Feilschen um Lohnerhöhungen sparen.

Die wenigen besser bis gut Verdienenden in diesem unserem Staate verschärft zu besteuern, brächte außer Unfrieden vielleicht unterm Strich gar nicht soviel - eben weil es ja nur wenige sind, wer weiß?! Außerdem sollen die doch investieren. Und sie tragen schließlich so schwer an der Verantwortung! Allen voran unsere Politiker: damit ihnen das Verantwortungstragen in dieser schweren Zeit, die ständig und von vielen Opfer fordert, leichter wird, erhöhen sie sich die Diäten um 2,5 Prozent. Sie haben unser ganzes Mitgefühl!

Preisrätsel

Es sitzen derzeit 6 Figuren zweifelsfrei weiblichen Geschlechtes in unserem Dorfparlament. Die restlichen 21 Gestalten sind ebenso zweifelsfrei Männer. Rats-HERREN sind die einen, soviel ist sicher. Während die anderen - was sind? Rats-HERRINNEN? Nein danke, das erinnert zu sehr an Ableger.

Rats-FRAUEN? Auch nicht, denn niemand sagt schließlich Rats-MÄNNER. Was dann - Gemeinde-RAT und Gemeinde-RÄTIN (analog etwa zu Studien-RÄTIN)? Ist auch nur zweiter Aufguß, außerdem klingt es fatal nach RÄTTIN und Günter Grass. Also auch nichts Originelles.

Wer hat die beste(n) Lösung(en)?

Die GRÜNE Ratsfraktion entscheidet, der Rechtsweg ist ausgeschlossen! Die Gewinner werden bei der nächsten Kommunalwahl auf die GRÜNE Liste gesetzt!!!
Quotenregelung!!!

Mein Vorschlag:

Name:
Adresse:

letzte Seite!